





# Die Verpumpfung des politischen Kampfes.

Von  
**Dr. Gertrud Bäumer, Mitglied des Reichstags.**

mit sich gebracht, daß die bestehende Privatgesetzgebung für die Regelung dieser Frage nicht ausreicht und ein neues Recht geschaffen werden muß.

Der von der Regierung eingebrachte Gesetzentwurf, über dessen Einzelheiten man verschiedener Meinung sein kann, bildet im allgemeinen eine geeignete Grundlage für eine gerechte Lösung des Problems. Er verhindert, daß anderes Vermögen als das reine Privatvermögen in den Händen der Fürsten bleibt. Durch die Beschlässe, die in der letzten Woche im Reichsausschuß des Reichstags gefaßt sind, ist der Gesetzentwurf in wesentlichen Teilen verbessert. So kann man schätzen, daß er von den Forderungen des Hohenzollern-Faules etwa ein Fünftel erfüllt und gegenüber dem von der preussischen Regierung gefaßten Beschlusse eine zweifache Milderung bewirkt. Daß er die Wahl der Richter nicht dem Reichstag, sondern der Reichsregierung überläßt, ist schon deswegen notwendig, weil sonst ein Teil der Richter aus den jehlicher geltenden Regelungen abhören Reichsparteien entnommen wäre. Doch der Entwurf läßt auf abgesehene Vergleiche nicht verzichten, liegt fast durchweg im Sinne der beteiligten Landesregierungen, auch solcher, die aus Mitgliedern republikanischer Parteien zusammengesetzt sind.

Die sozialdemokratische und die deutsche nationale Reichstagsfraktion haben das Zustandekommen des Gesetzes verhindert und damit die Interessen des deutschen Volkes schwer geschädigt. Ihre Schuld ist es, wenn nach Ablauf des Sperrgesetzes, das nicht ewig verlängert werden kann, die Gerichte über Fragen zu entscheiden haben, die nicht zureichend, sondern nur staatspolitisch geregelt werden können. Ihre Schuld ist es, wenn jetzt der leidenschaftliche Kampf im deutschen Volk weitergeführt wird.

Keine Reichstagsauflösung vermag zwei Drittel des deutschen Volkes auf eine radikale Lösung, wie sie die Sozialdemokratie wünscht, zu vereinen. Der Kampf wird nicht um der Sache, sondern um der Agitation willen weitergeführt.

Die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die über die preussische Landtagsfraktion und über die Minorität der Reichstagsfraktion den Sieg davongetragen hat, hat auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der verfassungstreuen Parteien keinerlei Rücksicht genommen. Sie trägt die Verantwortung dafür, wenn heute in den Kreisen der unentwegten Reichsparteien Unruhe und Verwirrung herrschen. Sie trägt die Verantwortung auch dafür, wenn der Glaube an die Verfassungsfähigkeit des Parlamentarismus erschüttert wird und wenn sich heute die Kluft zwischen der Sozialdemokratie und den anderen republikanischen Parteien zu vertiefen droht.

**Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei.**  
Koch, Eitelberg, Fischer, Bäumer.

Die sozialdemokratische Presse sucht den Abweichungsbeschluss ihrer Fraktionsmehrheit zu verteidigen. Die Art der Verteidigung ist schwach und fast nichtig. Die sozialdemokratische Presse wird bei objektiver Betrachtung das Vorgehen der Fraktionsmehrheit als einen unentschuldbaren Fehler bezeichnen müssen. Es dürfte keinesfalls soweit kommen, die Deutschnationalen von der Verantwortung für das Scheitern des Gesetzes zu befreien. Damit der Haltung der sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit sind die Deutschnationalen in diese glückliche Lage gekommen. Die Minorität der sozialdemokratischen Fraktion, zu der auch Löbe und Hermann Müller gehören, war durchaus bereit, für das Gesetz zu stimmen. Auch die sozialdemokratische preussische Landtagsfraktion neigt ihrerseits nach die Lage anders an, als der Vorwärts und andere sozialdemokratische Blätter.

## Aus Parlamenten und Parteien

### Die Politik des Hamburger „Freundenblatt“.

In der Reichspresse wird seit einigen Monaten behauptet, daß in Hamburg eine starke Opposition gegen die Politik der demokratischen Partei existiere, welche sei, die ihre Fäden über das ganze Reich habe. Diese Behauptung ist lauter Schwindel. Die Ortsgruppe der Deutschen Demokratischen Partei in Hamburg steht geschlossen hinter der Reichsparteileitung. Opposition macht nur das angeblich demokratische Hamburger „Freundenblatt“. Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei hat nimmermehr eine öffentliche Erklärung erlassen, in der es u. a. heißt:

Die Leitung der Partei hat auf die politische und wirtschaftliche Einstellung des „Hamburger Freundenblatt“ keinerlei Einfluss. Das „Hamburger Freundenblatt“ legt Wert darauf, selbständige Politik zu machen und will demgemäß gar nicht als demokratische Zeitung betrachtet sein. In der Abnommentempfehlung vom 24. Juni d. J. betont der Verlag ausdrücklich, daß das „Hamburger Freundenblatt“ jeder Partei ohne Bindung gegenüberstehe. Der Vorstand muß daher an die Parteifreunde und Anhänger die Bitte richten, die Einstellung des „Hamburger Freundenblatt“ unter den Gesichtspunkten zu betrachten und die Stellungnahme der genannten Zeitung nicht im Zusammenhang mit der Haltung der Deutschen Demokratischen Partei zu beurteilen.

### Koalitionspolitik der Deutschen Volkspartei.

Wie aus der jetzt veröffentlichten Uebersicht hervorgeht, haben bei der Schlussabstimmung über das Reichsnachwahlgesetz 51 Mitgliedern der Deutschen Volks-

dem nachstehenden grundsätzlichen Auflass der demokratischen Führer mit großer Freude entgegen. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen ergötze Bedeutung zu.

Der günstige unpolitische Sinn des deutschen Volkes zeigt sich vielleicht an keiner Stelle so trostlos deutlich wie in Ton und Inhalt der politischen Polemik. Je weniger Niveau der politische Kampf bei uns hat, um so mehr geht er ins platt Persönliche. Unklarheit der politischen Gehaltengänge und Gormlosigkeit des politischen Vorgehens gehen Hand in Hand. Und auch darin zeigt sich der allgemeine Mangel an Augenmaß und Stillsitzigkeit für den politischen Kampf, daß man garnicht daran denkt, daß im parlamentarischen System der politische Gegner von heute morgen der Repräsentant der Staatsobohheit sein kann und daß eine Polemik ohne persönliche Achtung das Parlament herunterwirtschäfte und dem Staat ins Fleisch schneidet.

Als wir unmittelbar nach der Revolution noch im Schatten uneres tragischen Schicksals standen, war auch bei den Gegnern der Republik einerseits das Gefühl der Mitverantwortung für den Zusammenbruch, andererseits das Bewußtsein der Volksgemeinschaft des Unglücks noch stark genug, um den Ton des lässlichen Kampfes durch das Bestreben zu mildern, auch dem Gegner gerecht zu werden. Und ebenso stark war das Bewußtsein, daß es sich um große kontraktive Fragen des Staatslebens handelte, bei denen ganz von selbst jede Anschauung über Feinde und persönliche Dinge hinaus eine gewisse Objektivität genann. Und daraus erwuchs dann auch die gesetliche Achtung in den persönlichen Dingen. Uns allen ist doch die vornehme Sachlichkeit in Erinnerung, mit der neuerzeit Clemens Delbrück als Führer der Deutschnationalen in der Nationalversammlung den Dienstantritt des demokratischen Minister Koch begrüßte, in dem er einen Vertreter der besten Tradition des deutschen Beamtenums ausdrückliche anerkannte.

Das ist leider ganz und gar vorbei. Der Kampf ist zunehmend kleinlicher und gehässiger geworden. Vor allem auch der Kampf der Rechten gegen die demokratische Partei und ihren Führer. Dabei ist es charakteristisch für die Strupplosigkeit und Gedankenlosigkeit dieser Polemik, daß sie je nach der politischen Saison kommt und verschwindet. Als im Januar Koch die Regierungsbildung durch freiwilligen Austritt von einer nicht von ihm, sondern von der Partei erstrebten Ministerkandidat zu ermöglichen, da gab ihm die „Kölnische Zeitung“ das Zeugnis, daß er die Sache über die Person stelle, und die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erkannte an, daß er „durch seine vornehme Haltung ganz beizutragen habe, den Parteikampf zu entzünden“. Dieses Zeugnis hindert aber die gleiche Presse nicht, die Auseinandersetzungen über den Hindenburgischen Flaggeneß, den Sturz Luthers und die Zürlenabfindung wiederum mit den Mitteln persönlicher Disprezierung zu führen. Und das Signal der führenden Zeitungen mobilisiert die noch sehr viel struppelose Meute der Provinz. Das Ergebnis ist statt einer sachlichen Auseinandersetzung eine gemeine persönliche Jagd.

Das Schlimme ist, daß in diesem Verfahren Methode liegt. Der Spießbürger verleiht politische Motive schwer, aber wenn man ihm sagt, daß alles Ehrgeiz und Rachsucht sei, so wird es in seiner Seele heftig, da kann er mit, das leuchtet ihm ein. Und diese seine Anempfindlichkeit für politische und Selbstlosigkeit für persönliche Motive ist eine ständige Versuchung für eine Presse, die sich dafür nicht zu gut ist, auf diese Intinzie zu spekulieren.

Die Aufgabe, die der demokratischen Partei seit den Tagen von Weimar obliegt und in deren Erfüllung ihre Effizienzberechtigung besteht, ist in letzter Zeit von zwei Seiten her so erschwert, daß es kein Wunder ist, wenn auch das Verständnis der Wähler für diese Aufgabe sich teilweise verdirrt. Sie ist erschwert durch die Sozialdemokratie, die sich ihrer Verantwortung für die Republik entzieht, um eine ihrer Wählerpolitik verständlichere, aber praktisch gänzlich unzugängliche proletarische Klassenpolitik zu machen. Manchmal sieht es jetzt fast so aus, als stelle die Sozialdemokratie wie in früheren Jahrzehnten ihre Kritik nur darauf ein, zunächst durch eine verantwortungslose Demagogie die Unzufriedenen aus allen Lagern zu sammeln. Es lassen sich aus den letzten zehn Monaten — angefangen von der Ausweisung der Aufwertungsfrage — viele Beispiele dafür zeigen, und es scheint, als ob jetzt die Zürlenabfindung und die bevor-

partei 12 gefaßt, 22 haben mit mein gestimmt, und nur 17 Mitglieder der Deutschen Volkspartei haben eine Ja-Stimme abgegeben. Das ist gesehen, trotzdem das Zentrum, die Demokraten und die Bayerische Volkspartei, letztere mit drei Stimmenhaltungen, restlos mit „Ja“ gestimmt haben. Das ist weiter gesehen, trotzdem sich bei den Kompromißberatungen, die zwischen der zweiten und dritten Sitzung in der Reichskammer stattgefunden haben, die Deutsche Volkspartei am stärksten für das Kompromiß eingelebt hat. Daß die Deutsche Volkspartei bei dieser Abstimmung Koalitionsschicksal gezeigt hat, kann man dem besten Willen nicht behaupten. Die Haltung der 22 volksparteilichen Abgeordneten beweist so recht deutlich, wie wenig loyales Verständnis in dieser Partei vorhanden ist. **Arbeiter merkt Euch das!!!**

### Kein Vergleich zwischen Preußen und den Hohenzollern.

In einer ganzen Anzahl von Blättern wird erneut mitgeteilt, daß in den letzten Tagen Verhandlungen zwischen Preußen und den Vertretern des Hohenzollernhaus-

stehenden handelspolitischen Entscheidungen weitere Beispiele hinzuzufügen werden. So scheidet sich die Sozialdemokratie selbst als Stütze der Republik aus, und die staatspolitische Renaufgabe bleibt an dem republikanischen Bürgerum hängen.

Je mehr aber auf der einen Seite die proletarische Klassenpolitik die Staatspolitik verdrängt, desto mehr nimmt auf der anderen die pejissich „bürgerliche“ anstelle der staatspolitischen Betrachtung überhand. Diese beiden Ströme drohen ständig die demokratisch-republikanische Aufbauarbeit zu überfluten. Und die demokratische Partei steht, solange es ihr nicht gelingt, ihren eigenen politischen Boden durch Vereinigung der Kräfte von rechts und links zu verbreitern — die Große Koalition mit entschiedenen republikanischer Tendenz — in den Augen der Wähler scheinbar stets vor der Wahl, entweder für den „Bürgerblock“ oder vor dem „Nachlaufen hinter der Sozialdemokratie“.

Man könnte sich auf den Boden stellen, daß dieser Unsicherheit einmal durch eine Entscheidung nach rechts oder nach links ein Ende gemacht werden muß, und diejenigen Kreise der Partei, die sich lieber mit dem vorstehenden Wort „liberal“ als mit dem entschlossenen „demokratisch“ feneingehören, sind gerade zur Zeit wieder eifrig bemüht, dafür zu sorgen, daß die Waagsale sich nach rechts lenkt. Charakteristisch dafür, wie auch im übrigen für die Verpumpfung des politischen Kampfes, ist ein bezeichnender Auflass der „Berliner Arbeiterzeitung“ vom 24. Juni, dessen Verfasser zu feige ist, alle die persönlichen Anwürfe gegen die Führer der demokratischen Partei mit seinem Namen zu bedecken.

Man könnte — heucheltisch — die Entscheidung, die hier einmal wieder verhängt wird, als eine Aufreinerung begrüßen, wenn nicht doch praktisch die Sache so läge, daß auf Grund jeder politischen Ergrabung der letzten Jahre, auf Grund aller wirtschaftspolitischen, außenpolitischen und staatspolitischen Lebensbedingungen des deutschen Volkes die Rolle der demokratischen Partei als Brücke zwischen Sozialdemokratie und demokratisch-liberalem Bürgertum (Vocarno-Politik) und wirtschaftspolitischen Gegenläufigen (Handelsverträge) innerhalb des Bürgerturn nur die Große Koalition die Möglichkeit einer einigermaßen stetigen Linie gibt. Die demokratische Partei, die den Kern dieser einzigen leistungsfähigen Mehrheitsbildung darstellt, muß imstande sein, in sich selbst die mehr „bürgerlich-liberalen“ und die mehr demokratisch-sozialen Elemente zusammenzuhalten. Wer diese ihre Kraft aus bourgeoiser Engstirnigkeit zu untergraben oder aus Verneinung der dauernden Schwierigkeit wie der staatspolitischen Bedeutung dieser Aufgabe zu distretieren versucht, der gefährdet kurzfristig die einzige Möglichkeit, in Deutschland zu einer leistungsfähigen Mehrheit zu kommen.

Wir danken es dem Führer der demokratischen Partei, daß er, unangefochten durch die persönlichen und sachlichen Anfeindungen, die Verantwortung der demokratischen Partei gegenüber der Republik resolut festgehalten hat. Nur dadurch ist es möglich, den Teil der Wähler festzuhalten, in denen die eigentlich moralische Kraft der Partei liegt; nämlich die von der staatspolitischen Aufgabe durchdrungenen, die von dem Glauben an den Volkstakt erfüllt sind, die den eigentlichen Willen der Partei vorantreibenden. Amüßlich, gerade diese durch irgendwelchen Opportunismus in dem Vorhinein Hindenburgischen Frage ganzleines zu befrachten, unmöglich, sie in der Frage der Zürlenabfindung nur und ausschließlich dem Standpunkt des bürgerlichen Privatigentums unterwerfen zu wollen, ohne Rücksicht darauf, daß es sich hier auch um eine republikanische Nachfrage handelt. Der Erfolg einer Politik, die für den politischen instinktiven Wähler, der Verteidigung seiner allernächsten wirtschaftlichen Interessen und seiner gesellschaftlichen Sentiments nicht schwer verständig ist, kann der Natur der Sache nach erst in der Herbeiführung der Großen Koalition hervortreten. Die Probezeit ist durch die Verantwortungsfragen der Sozialdemokratie und die Unentschlossenheit der Volkspartei reichlich lang geworden — zu lang für die Einsicht und die Kräfte mancher Parteifreunde. Uns nachdrücklicher muß allen Anhängern und Fluchverhörigen gegenüber immer wieder darauf hingewiesen werden, daß es wahr scheinlich unbegreiflich wäre, wenn die demokratische Partei nicht in voller Kraft und Zahl durch das Ziel ginge, dem die deutsche Politik trotz aller ungelösten Fragen heute doch wohl näher ist als je.

es geführt worden seien, mit dem Zweck, einen neuen Vertrag herbeizuführen. In anderen Blättern wird gesagt, daß zum mindesten die Möglichkeit gegeben sei, durch einen neuerlichen Vergleich zwischen dem Preussischen Staat und dem Hohenzollernhaus auf der Grundlage des Regierungsentwurfes einen Vergleich abzuschließen, der dem Kampf um die Reichstagsentscheidung ein ganz anderes Gesicht geben würde.

Was den tatsächlichen Sachverhalt betrifft, so wird nochmals von zuständigen Stellen daraußingewiesen, daß bisher keinerlei Verhandlungen über einen neuen Vergleich geführt worden sind oder daß bestimmte Anregungen zu solchen Verhandlungen gegeben wurden.

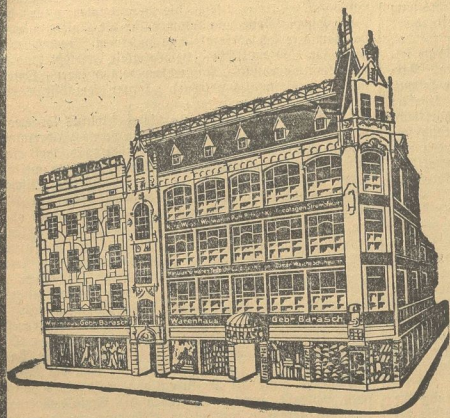
Reichs- und Landesfarben in den Schulen. Wie der „Amtliche Preussische Preßedienst“ einer Mitteilung des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an die Provinzialschulkollegien und Regierungen entnimmt, ist es an Schulfesttagen den Schülern und Schülerinnen gestattet, die verfassungsmäßig an Reichs- und Landesfarben in der Schule zu tragen,







◆◆ Anzeigen aus dem Bezirk Magdeburg ◆◆



Besuchen Sie uns bitte während des  
**Saison-Ausverkaufs.**  
 Wir bieten Ihnen außergewöhnliches.  
**Warenhaus Gebr. Barasch**

**Konsum - Verein für Magdeburg u. Umgeg.** E. G. m. b. H.

**Prima Rinder-Gefrierfleisch**  
**Frisches Schweinefleisch**  
 in allen Lagern.

**Wurstwaren in feinsten Qualität.**

Wir bitten unsere Mitglieder, daß sie ihre Gegenmarken für das Geschäftsjahr 1925/26 bis zum 15. Juli in dem Lager abgeben, wo sie ihre Waren bezogen haben.

**Wiedereröffnung. Neues Schwan**  
 Gesellschafts-haus  
 Leipziger Str. 45d.  
 - 5 Minuten von der Endstation Linie 5. -

**Ab 11. Juli jeden Sonntag Gesellschaftsball.**

Sämtliche Räume modern renoviert mit neuerbauter geschlossener Glasveranda. — Für Vereins- und sonstige Veranstaltungen halte ich meinen großen Saal und sämtliche Räume bestens empfohlen.

Um gültigen Zuspruch bitten  
**Hans Otto u. Frau.**

Fachmännische Ausbildung von **Kraftwagenführern**  
 in der staatl. konz. Privat-**Auto-Schule BUSCH**,  
 Prälatenstraße 32. — Fernruf 1122.  
 Prosp. frei. Erlischt. Zahlungsbed. Eintr. täglich.

**Pandhaus Diesdorf**  
 Carl Vernecke  
 Telefon 3746 — Schattiger Garten  
**Jeden Sonntag: Gesellschaftsball**

**Hohenzollern-Park.**  
 Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag von 4 Uhr ab  
**Kaffee-Konzert**  
 mit **Kleinkunst-Bühne.**  
 Eintritt frei. Eintritt frei.

**Parkrestaurant Vogelgesang**  
 berühmt durch seinen uraltten Baum bestand und durch seine runderrollen Rosen- und Dahlien-Anlagen, die bedeutendsten der Provinz.  
 Sonntags: **Gesellschafts-Ball.**

**Kriegsbeschädigte!**

Eure wirtschaftliche Interessenvertretung ist einzig und allein der auf republikanischen Boden stehende **Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen.**

Ausreichende Versorgung und Fürsorge ist sein Ziel, seine Parole: **Nicht Dank, sondern Recht!** Deshalb **Sinein in den Reichsbund!**

Annahmestellen nehmen entgegen:  
 Gangeschäftsstelle Magdeburg, Alte Ulrichstraße 18.  
 Bezirksgeschäftsstelle Halle, Drianderstraße 10 III.

**Salzquelle**  
 Jeden Sonntag:  
**Konzert**  
 Anschließend **Tanzkränzchen.**

**Wittes Fleischeri und Speisewirtschaft**  
**Privat-Mittagstisch**  
 Schrottdorfer Straße 5.

**Hotel u. Restaurant „Weißer Bär“**  
 Bes. Ad. Thurnagel.

**Billigste Bezugsquelle für Schuhwaren**  
**B. Wolff's Belegengeschäfte**  
 Schwerfegerstraße 14/15.

**J. BORMANN**  
 Große Münzstraße 2  
 Koffer :: Reisetaschen :: Damen-Handtaschen :: Befuchstaschen :: Aktentaschen :: Rucksäcke :: Sporttaschen sowie andere Geschenkartikel.

**Meyer Michaelis**  
 Gebr. 1884 Magdeburg Gebr. 1884  
 Gr. Marktstr. 16 — Fernspr. 1424  
**Günstigste Bezugsquelle**  
 für Sohle, Oberleder u. sämtliche Schuhmacher-Verdarsartikel

**Ein Ereignis!**  
**Wilhelm im Lichte der Wahrheit.**  
 Wir empfehlen das aufsehenerregende Buch von **Emil Ludwig:**  
**Wilhelm II.**  
 Statt Erstausgabe 14 Mark  
**jetzt ungekürzte Volksausgabe 4.80 Mk.**  
 500 Seiten. — 21 Abbildungen auf Tafeln. — Ganzleinen. — Gutes Papier.  
 Man bestelle sofort.  
**Buchhandlung Volksstimme**  
 Magdeburg.

**Fernruf 7100**  
**In Trauerfällen Carl Ebeling**  
 Hauptwache 8/9 am Alten Markt  
 Schrotestr. 26, Wilhelmstadt  
**Särge** Eigene Fabrikate Solide Preise  
**Ueberführungen** m. elg. Leichenautos  
 Leichenwäscherin jeder Zeit.

Wir fertigen **Drucksachen** für jeden Bedarf schnellstens an  
 Buchdruckerei **Hugo Alpers, Delitzsch.**  
 Fernruf 406.

**Saloufen, Nolläden, Fußbodenpolymatten**  
 Reparaturen, Reparaturmaterial.  
**Zaloufenfabrik Schmidt,**  
 gegründet 1871.  
 Magdeburg, Gelligegasse 24, Tel. 922.

**Steinerner Tisch**  
 Breiter Weg 94  
**Tägliche Konzerte**  
 Mittags- u. Abendtisch  
 im Abonn. 85 Pfg. Gedeck 1,—

**KAVAUMA**  
 KRANKENKASSE DES KAUFMÄNNISCHEN VEREINS / GEOR. 1899  
**DIE BESTE VERSICHERUNG GEGEN KRANKHEIT**



# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Preis: 1 Mark. — Abonnement: 6 Mark. — Einzelhefte: 1 Mark. — Anzeigenpreis: Für die erste Spalte 1 Mark. — Zweite Spalte 1/2 Mark. — Dritte Spalte 1/3 Mark. — Vierte Spalte 1/4 Mark. — Fünfte Spalte 1/5 Mark. — Sechste Spalte 1/6 Mark. — Siebte Spalte 1/7 Mark. — Achte Spalte 1/8 Mark. — Neunte Spalte 1/9 Mark. — Zehnte Spalte 1/10 Mark. — Elfte Spalte 1/11 Mark. — Zwölfte Spalte 1/12 Mark. — Dreizehnte Spalte 1/13 Mark. — Vierzehnte Spalte 1/14 Mark. — Fünfzehnte Spalte 1/15 Mark. — Sechzehnte Spalte 1/16 Mark. — Siebzehnte Spalte 1/17 Mark. — Achtzehnte Spalte 1/18 Mark. — Neunzehnte Spalte 1/19 Mark. — Zwanzigste Spalte 1/20 Mark. — Einmalige Anzeigen: 1 Mark. — Zweimalige Anzeigen: 1/2 Mark. — Dreimalige Anzeigen: 1/3 Mark. — Viermalige Anzeigen: 1/4 Mark. — Fünfmalige Anzeigen: 1/5 Mark. — Sechsmalige Anzeigen: 1/6 Mark. — Siebmalige Anzeigen: 1/7 Mark. — Achtmalige Anzeigen: 1/8 Mark. — Neunmalige Anzeigen: 1/9 Mark. — Zehnmalige Anzeigen: 1/10 Mark. — Elfmalige Anzeigen: 1/11 Mark. — Zwölfmalige Anzeigen: 1/12 Mark. — Dreizehnmalige Anzeigen: 1/13 Mark. — Vierzehnmalige Anzeigen: 1/14 Mark. — Fünfzehnmalige Anzeigen: 1/15 Mark. — Sechzehnmalige Anzeigen: 1/16 Mark. — Siebzehnmalige Anzeigen: 1/17 Mark. — Achtzehnmalige Anzeigen: 1/18 Mark. — Neunzehnmalige Anzeigen: 1/19 Mark. — Zwanzigmalige Anzeigen: 1/20 Mark. — Einmalige Anzeigen: 1 Mark. — Zweimalige Anzeigen: 1/2 Mark. — Dreimalige Anzeigen: 1/3 Mark. — Viermalige Anzeigen: 1/4 Mark. — Fünfmalige Anzeigen: 1/5 Mark. — Sechsmalige Anzeigen: 1/6 Mark. — Siebmalige Anzeigen: 1/7 Mark. — Achtmalige Anzeigen: 1/8 Mark. — Neunmalige Anzeigen: 1/9 Mark. — Zehnmalige Anzeigen: 1/10 Mark. — Elfmalige Anzeigen: 1/11 Mark. — Zwölfmalige Anzeigen: 1/12 Mark. — Dreizehnmalige Anzeigen: 1/13 Mark. — Vierzehnmalige Anzeigen: 1/14 Mark. — Fünfzehnmalige Anzeigen: 1/15 Mark. — Sechzehnmalige Anzeigen: 1/16 Mark. — Siebzehnmalige Anzeigen: 1/17 Mark. — Achtzehnmalige Anzeigen: 1/18 Mark. — Neunzehnmalige Anzeigen: 1/19 Mark. — Zwanzigmalige Anzeigen: 1/20 Mark.

Nummer 28 Halle (S.), 10. Juli 1926 2. Jahrgang

## Scherben.

Die lückenlose Fehlerkette — Der einsame Berg — Die kleine Geste — Die Psychologie des Herrn Reichskanzlers — Ruhs Flucht aus Moskau — Iwan der Grausame — Hermann Müllers Glück und Ende — Die antirepublikanischen Richter — Aufwertungsquote und Kaiserstandarte — Des Großadmirals Unmut — Der letzte Mann über Bord — Die Heimkehr des verlorenen Zentrumssohnes — Was nun? — Entrüstung über die Abführung — Der harmnächige Selbstmörder — Cail্লাur Wunderkästchen — Herrn Schachts Millarden — Pleite in Warschau — Der verfehlte Diktator.

Mit Stolz kann der deutsche Reichstag auf die geleistete Arbeit zurückblicken. Sieht man von dem deutsch-französischen und dem deutsch-dänischen Handelsvertrage ab, so ist nichts übrig geblieben, als ein gewaltiger Eberdenkmal. Und doch wird man dieses Ergebnis bei ruhiger Betrachtung nicht einmal lobauern können. Es war notwendig, war es unter der Vorgeschichte, daß die Atmosphäre durch dies Gewitter gereinigt worden ist. Die Schuldfrage dabei zu erörtern, ist nicht möglich, denn nur aus begangenen Fehlern lernt man bekanntlich, und wir stellen mit Genugtuung fest, daß alle Parteien einschließlich der Reichsregierung eine ausgezeichnete Gelegenheit haben, sehr viel zu lernen. Die Vergangenheit hat jedenfalls nicht den großen Befähigungsnaheweis erbracht. Man kann sogar sagen, es ist mit vorbildlicher Gewissenhaftigkeit kein Irrtum verhängt worden. Mit den Sozialdemokraten fing es an, die von dem richtig erkannten Wege abzuweichen, und die Kommunisten auf ihrem Marsch in die Sumpfe nicht allein zu lassen. Von den Fürsten predien wir in diesem Zusammenhang garnicht. Sie sind nur ihrer Tradition gefolgt und haben sich redlich bemüht, ihren Novemberberuf zu rechtfertigen. Was ihnen auch restlos gelungen ist. Die „Kölnische Zeitung“, die heute wieder einmal auf dem rechten Flügel der Volkspartei lämpft, hat den Hohenzollern den guten Rat gegeben, mit einer großen Geste die Frage zu erheben, und zürnte dann über Bedienten-Genugtuung, die die Zeichen der Zeit nicht verstanden habe. Ganz berechtigt ist der Vorwurf nicht. Herr von Berg, der Bevollmächtigte des Entkränkten, machte ein Angebot. Seiner entfernte es sich sehr weit von der Wirklichkeit und wurde deshalb von der preussischen Regierung bandend abgelehnt. Die Geste blieb also nicht aus, aber groß war sie nicht. Man wollte martien, hat dem Volk zu geben, was des Volkes ist.

Da waren die Deutschnationalen anders. Mit Schadenfreude hatten sie gesehen, wie Marx in völliger Verblendung psychologischer Verhältnisse die Preisfestsetzung aufwärts und die Sozialdemokratie durch Drohungen, die nur iherberst gemeint waren, völlig in das radikale Lager trieb. Bezweifelt mehrte sich Hermann Müller. Er wollte retten, was zu retten ist. Aber Rosenfeld und Dovi hatten nur den einen Gedanken, zu zerstören, was zu zerstören war. Und ihre Schar schwoll an, wie das Hochwasser dieses Sommers. Es liegt offenbar eine fabelhafte Anziehungskraft in Moskau. Was ja übrigens auch Ruhs selber erfahren hat, die sich aus dem allein schlagenden Geschehen in das Land der verhassten deutschen Bourgeoisie hinüberschleift, verfolgt von dem großen Bannstrahl, der sie wie so viele treffen soll. Am das Beispiel auf die Höhe eines modernen Lustparks zu erheben, hat Iwan Kab, der vor ihr Geharnichte, die Standarte gegen Moskau erhoben. Ohne Sowießtern. Er will den Sozialismus von den Bolschewiken befreien. Der linke Flügel der Sozialdemokraten scheint gewillt, in diese kassende Lücke zu treten.

Die Deutschnationalen jubelten jedenfalls, als von von Sojis die Ablehnung der Regierungsvorlage beschlossen wurde. Ihre Zeit war gekommen, und eines muß man anerkennen: sie hatten einen klugen Gedanken. Als alles verbracht und die bisherigen Geschäftsergebnisse klar lagen, reichten sie ihre Dierte ein. Zwar hatten sie noch vor wenigen Wochen erklärt, die Abführung sei eine Rechtsfrage, keine politische, aber in der Glut dieser Sankt- und Justiztage leidet das Gewächsnis. Auch sie waren plötzlich übergete, daß es sich um eine politische Angelegenheit handelte. Sogar ein Sondergericht wollten sie anerkennen, obwohl sie grundsätzlich jedes Sonderrecht verwerfen, dessen Zusammenlegung nicht aus bezüheren deutschnationalen Richtern bestehen würde. Ihr Vertrauen in der Justiz ist mit Recht unerlöschlich, die auch der Fall Großmann im Preussischen Richterverein zwingen beweist. Uebrigens nicht der Ausschluß, ihr den auch Republikaner stimmen, weil nach ihrer Auffassung der Senatspräsident die Formen verfehlt habe, aber der Grundpaß, daß Republikaner überhaupt nichts in Verein der auf die Republik vererdigten preussischen Richter zu suchen haben, hatte immerhin eine stattliche Hinterlist hinter sich. Darüber wird man noch des weitern zu reden haben.

Und weiter gingen die Deutschnationalen. Auch die Fürsten sollten nur die Aufwertungsquote erhalten, die anderen deutschen Staatsbürgern zugestimmt wurde. Es ist hübsch von der Partei, daß sie nicht wieder mit Aufwertungsversprechungen kam, die sie näher im Stich lassen mußte. Erfahrungen schreden. Man war also gutt Willens und guter Hoffnung. Aber ein kluger Gedante verlangt auch eine kluge Verleserung. Man fandte Graf Westarp vor. Ausgezeichnet legte er alles dar, um dann mit einer genialen Wendung die Kaiserstandarte aufzukapfen. Und ein Schauer überfiel die Mannen an seiner Seite. Herr von Tirpitz schlug erst recht auf den Tisch. Er, der ja nach dem Kriege unter die Sozialdemokraten gehen wollte und sich nur in der Richtung irrte, hat mit den Hohenzollern endgültig abgeschlossen. Nach seinen lebenswichtigen Denkwürdigkeiten vermutlich auch die Hohenzollern mit ihm. Der treue Diener seines Herrn wurde dem Herrn lästig. Distretion Ehrenschade. Doch nicht nur Tirpitz schüttelte das greisse Haupt. Auch Ionit sah man in erstarre und verdühte Gesichter. So war es nicht gemeint. Graf Westarp aber sah nicht, was er sprach und plätscherte lustig weiter in dem Timpel. Nur seine Partei ist noch Hüterin der monarchischen Tradition. Ohne Auftrag legte er also für seine Partei ein republikanisches Glaubensbekenntnis ab. Und niemand widersprach ihm. Williger konnten die Mannen des Reichsaußenministers den monarchischen Pfänder nicht los werden. Sie haben jetzt ein Zeugnis von berufenen Seite, daß sie auf dem Boden des lebenden Gegenwartstaates stehen.

Graf Westarp bilies dann die Friedensschmelze. Bürger aller Parteien, vereinigt Euch. Wobei er den Ton auf „Bürger“ legte, nicht auf „alle“. Zu deutlich war die Kampfanlage gegen links. Herr Koch und Herr von Guericke, die schon mit Scholz und Leicht zusammen standen, um höhere Strategie zu treiben, die angesichts dieses Wohlwollens notwendig geworden war, zogen sich bescheiden auf ihre Plätze zurück. Dieser Graf entgelte ihnen sehr gelegen. Er hatte wie der selbige Jettel im „Sommernachtraum“ die Höflichkeit abgestreift und in den Saal hineingerufen: „Ich bin ja gar kein Löwe“, was ihm jeder auch glaubte.

Das Geleß fiel, nein, es wurde von der Regierung zurückgezogen, weil sie auf seiner Erledigung unbedingt bestand. Dafür nahm sie das Sperrgeleß an, auf das sie keinen Wert legte. Wir werden sehr viel Eis verbrauchen, um das Kabinett zu iondervieren, sonst schmilzt es uns vor der Zeit fort. Durch das Zentrum aber geht ein Geranne. Der letzte Mann über Bord. Hilfslosend sieht man sich nach einem neuen Kapitän um, und es war nur gut, daß der Parteiausißig schon am nächsten Sonntag zusammentrat. So könnte man Herrn Dr. Wirth Ehrenpartien hauen, und dieser Sohn des Schwarzmarktes ging durch die weitgefächerte Tür in die Fraktion zurück. Als Triumphtator. Ihm wurde vergeben, doch darauf kam es nicht an, man hangte nur, ob auch er vergeben würde. Selbst Herr Stegerwald bemühte sich, die schwarzrot-goldene Fahne zu hissen, und er machte keinen gegrethen republikanischen Heren Luft. Auch Herr Herold schweig wohlgefällig und nicht Beifall. Wenn das Zentrum eine Schlappe erleidet, wird es sofort das Steuer um. Von weitem aus gesehen, wirkt diese Gondelsahrt wie ein Kreis. Man wirft sehr häufig das Ruder um.

Der Bürgerblock ist zerstückelt, die Jüden nach links und abgeführt, und unter den Demokraten isshen gerade die linksstehenden Elemente am lautesten über die Sozialdemokratie, die zum dritten Male in einer Lebensfrage verlagt hat. Was nun? Vier Monate Zeit werden auch die stürmenden Gedanken zur Ruhe bringen, und wenn im Herbst der Wallotbau sich wieder füllt, dann knüpfen aus fröhliche Ende den fröhlichen Anfang wir an, dann ist das alte Schuldkonto gestrichen, und man kann mit neuen Ansehen beginnen. Nur eine Politik hat sich bewährt, die der Mitte. Und sie wird die Führung zu übernehmen haben. Geht sie gleichwohl und unerlöschlich ihren Weg geradeaus, dann wird man rechts und gerade mit Donnerstimme, seinen Beifall murren, und die Gegenpieler des Grafen Westarp, es sind ihrer sehr viele, werden es der Mitte danken, daß sie Deutschland zugleich vor den Westarp und den Rosenfeld gerettet haben

Den Dant werden sie sicherlich wieder in Worte kleiden, die nur gewisse Gerichte nicht als Beleidigung ansehen. So wären wir also aus der inneren Politik heraus, und das ist gut, denn nun müssen die Vorbereitungen für Gouf getroffen werden. Schon hat man leise an die Türen angetippt. Noch einmal befreigt man ein Antend des Schiff nicht. Erst müssen die anderen zeigen, daß es sich über Wasser hält. Die Erfahrungen mit der Abführungskommission laden allerdings nicht sonderlich. Es ist geradezu fabelhaft, mit welcher Geschicklichkeit man alle Beschlüsse vermind, die auf eine Einschränkung hinauslaufen, und wir fühlen es den Amerikanern nach, daß sie mit wachsendem Mißtrauen und Unwillen dieses Europa bestrahlen, das sie so retten ausgezogen sind, und das als hartnäckiger Selbstmörder nach dem entwandenen Dolk zum Gift und nach dem entwandenen Gift zum Strid greift. Man könnte den alten Eddell sich selber überlassen, wenn man nicht so viel Kapital in ihn investiert hätte, aber die Geschäftsbücher der Wallstreet drängen nach immer neuen Rettungsversuchen.

Am hartnäckigsten ist natürlich Frankteit, schon weil es ausländische Hilfe am dringenden begehrt. Es liegt etwas von bewundernswürdigen Trotz in dieser Haltung. Man will zu blaffen und schaut nur ängstlich auf, ob die erhoffte Wirtung eintritt. Sogar das Schuldensabkommen lehnte man ab, in der sicheren Erwartung, daß man daraufhin erst recht Kredit bekommt. Ach, wie so früherlich, verzweifelt ringt Cail্লাur um die Seele seines

indirekte Steuern als etwas der Würdigezial nicht entziehen der sich in den Aufset ist dafür ausgesDeutschlands in Auspräsident wird weh als Vertrauen erhte die Millarden, und der selbst gebracht, zu Rat erbitten, so engkommen. Wir für Frankreich nicht eine Politik stabilisihm unlere freundsZuerst Abführung, Wirtchaftsbündnis e Umfang.

Darüber sollen wir d ergriffen, wie In Polen ist Schammerer, den man verschrieb, meinte nglam aber sicher, über ein etwas damit die ständidie aufhören? Das hätte denn den Vorteil, daß man das Militär abschaffen kann, womit man den Etat entlastet. Gegen schlechte Finanzen hilft nur eine Politik der Anständigkeit und des guten Willens. Diktatoren müssen auch nichts, worüber Spanien wohl in den nächsten Tagen noch einiges zu sagen haben wird. Da zu einer Diktatur Verhältnisse gehören von ganz großem Format, so isshert sie von selbst. Wir würden Spanien auch nicht helfen können, wenn nicht Herrn Piller oder Kab oder gar Lubodorski hinüberisshen, wozu wir theoretisch gern bereit sind. R. Man.

Die Demokraten zur politischen Lage. Der „Demokratische Zeitungsdienst“ verbreitet folgende Kundgebung:

Die Deutsche Demokratische Partei hat rechtzeitig auf die Notwendigkeit hingewiesen, durch die sich eine gerechte Grundlage für die Auseinandersetzung zwischen Fürstentum und Staat zu finden. Davi ging sie immer von der Auffassung aus, daß Vermögenswerte, die die Fürsten kraft ihrer Souveränität mit Mitteln der Staatsgewalt erworben haben und die sie nur als Souveräne brauchen, nicht als Privateigentum betrachtet werden können. Die Sonderstellung, die die Fürsten vor dem Jahre 1918 innegehabt haben, hat es

